Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 8

Artikel: Deutsche und Amerikaner, heute
Autor: Stern, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163653

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FRITZ STERN

Deutsche und Amerikaner – heute

Die Afghanistan-Krise hat Änderungen und Spannungen in der westlichen Allianz dramatisiert und verstärkt, die schon vorher bestanden. Die sowjetische Aggression wurde einmütig, wenn auch getrennt, verurteilt, doch gab es widersprüchliche, oft bitter widersprüchliche Einschätzungen der Ursachen dieser Aggression und der Herausforderung, die sie darstellt.

Im Grunde geht es um eine Herausforderung der Führungsrolle eines geschwächten Amerikas durch ein immer unabhängigeres Europa, an dessen Spitze ein immer mächtigeres deutsch-französisches Kondominium steht. Europas, besonders Deutschlands Bindung an die Entspannung ist ungeheuer stark. Die Bundesrepublik, sowohl der USA als auch Frankreichs engster Verbündeter und gleichzeitig vielumworbener und -bedrohter Partner der UdSSR, ist eindeutig zum Hauptakteur neben den Vereinigten Staaten geworden. Während ihre Loyalität zum westlichen Bündnis unbestritten bleibt, fühlt sie auch den Druck ihrer sonstigen, gegenläufigen Bindungen.

Das Gleichgewicht zwischen Einheit und Zwietracht ist prekär. Es gibt nicht nur grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten; die Ungeduld auf beiden Seiten wird – zumindest auf inoffizieller Ebene – immer stärker. Die Wurzeln der Zwietracht reichen tief, und die Gefahr auseinanderzutreiben würde nur verschärft, wenn man die Verschiebungen in Machtverhältnissen und Ansichten ignorierte. Bei früheren Anlässen diente eine äussere Bedrohung jeweils zur Festigung des Bündnisses. Heute können wir nicht mehr auf eine automatische Wiederherstellung der Solidarität zählen. Zur Zeit, da die Allianz in eine Krisenperiode eintritt, mag der Versuch nützlich sein, einige der Änderungen in Machtverhältnissen und Mentalität zu bewerten, die in Westeuropa in der jüngsten Vergangenheit stattgefunden haben.

Dreissig Jahre Stabilität

Das westliche Bündnis ist ein bisher einmaliges Phänomen in der Geschichte der Neuzeit. Eine freiwillige Vereinigung ungleicher Staaten,

die drei Jahrzehnte intensiver Veränderungen und tiefer Krisen überstanden hat. Das Bündnis widerspiegelt eine grundlegende weltpolitische Realität: die UdSSR stellt eine Bedrohung Westeuropas dar, die nur von den USA mit Erfolg gebannt werden kann. Wie tief auch die Spannungen, wie widersprüchlich die Interessen im Innern des Bündnisses sein mögen – dies ist sein Kern geblieben.

Die Struktur des Bündnisses scheint immer noch fest zu sein, seine politischen Wahrzeichen haben sich als stabil erwiesen. Europa bleibt geteilt in ein von den Sowjets geführtes Konsortium schlecht funktionierender repressiver Gesellschaften auf der einen und eine von Amerika geschützte Gruppe immer noch liberaler, immer noch prosperierender Länder auf der anderen Seite. Die Vorsicht der Sowjets und die Abschreckungskraft des Bündnisses haben Europa beinahe einmalige Sicherung vor Krieg gebracht. Aber der Grundpfeiler dieser Nachkriegsordnung, schon seit einem Jahrzehnt geschwächt, wurde 1979 sichtbar erschüttert: die Überzeugung von Amerikas Macht, Entschlossenheit und Fähigkeit.

Meine Eindrücke, zum Teil durch das begründet, was ich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres in West- und Osteuropa beobachten konnte, führen mich zur Folgerung, dass gerade in jener Zeit die in Europa bestehenden Befürchtungen über Amerika sich zu einer neuen Einschätzung der USA verdichteten, die in gewissem Ausmass den Änderungen der amerikanischen Stimmung selber parallel liefen. Ausserdem führte das zeitliche Zusammenfallen von Amerikas Abstieg und der wachsenden deutschen Stärke zum kurzen Wiederauftauchen eines Problems, das man in früheren Zeiten und nun wieder 1979 die «deutsche Frage» nannte: «Deutschland, wohin?»; eine Frage, die man lange Zeit nicht gehört hatte, weil man Deutschland für so fest in der westlichen Allianz verankert, für ihren freiwilligen Gefangenen hielt. In manchen Kreisen wurden Befürchtungen laut, Deutschlands Selbstbewusstsein wäre ein Vorzeichen neuer Bemühungen, den Weg zur Wiedervereinigung zu finden.

Dazu kam, dass in vielen Ländern des Kontinents, darunter solchen, die lange als entschiedene Verfechter des Bündnisses gegolten hatten – z. B. Dänemark und Holland – eine neue Stimmung bezüglich der Ost–West-Beziehungen auftauchte. Für seine Verfechter hat dieses Gefühl nichts mit «Appeasement» zu tun; es drückt einfach den Wunsch aus, man solle so wenig wie möglich zur Störung der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa tun, die Teilung könne irgendwann in der Zukunft noch geheilt werden. Solche Tendenzen zeugen von einer Verschiebung der Sympathien – weg von einem Bündnis unter der Führung Amerikas und hin zu einer verstärkten Europäisierung Europas, allerdings, wie wir

noch sehen werden, ohne Festigkeit, ohne Struktur, ja sogar ohne klares Ziel.

Die USA sind heute militärisch absolut stärker als je zuvor; auch relativ besitzen sie Parität und das Potential für mehr. Doch Anschauung und Selbstverständnis haben sich radikal geändert. 1979 war die Überzeugung weit verbreitet, dass das, was man «amerikanischen Exzeptionalismus» genannt hatte, eine Sache der Vergangenheit war; mit anderen Worten, dass Fortuna die USA verlassen hatte.

Wir müssen daran denken, dass die Europäer alles andere als uninteressierte Beobachter von Amerikas Geschicken sind. Ihre Anschauung ist verzerrt durch die Projektion ihrer eigenen Interessen und Ängste. Sie sind zu stark geworden für ihre andauernde Schwäche. Gegenwärtig sind sie nicht bereit, die kostspielige Anstrengung zur Schaffung einer eigenen glaubwürdigen Abschreckungskraft zu unternehmen. Sie nehmen es den Vereinigten Staaten übel, dass sie bezüglich ihrer eigenen Sicherheit von ihnen so abhängig sind; mehr und mehr wird diese Abhängigkeit zur selbstgeschaffenen psychologischen Belastung. Das Gefühl eigener Machtlosigkeit oder eines Mangels an Eigenständigkeit wird schlimmer, wenn man an der Kraft und an der Willensstärke des Schutzherrn zweifelt.

Für die Europäer bedeutete der Sturz des Schahs, nach den sowjetisch-kubanischen Abenteuern in Afrika, eine dramatische Manifestation amerikanischer Schwäche. Im Februar und März riefen sonst äusserst friedliche Europäer nach irgendeiner amerikanischen Gegenmassnahme, nach einer Manifestation der Stärke; sie waren beunruhigt durch das, was sie als amerikanische Passivität sahen. Meiner Ansicht nach hatten sie unrecht mit ihren Rufen nach schnellem Handeln, aber recht, eine dramatische Änderung zu erkennen.

In dieser Lage forderte der Präsident direkt Unglauben heraus, als er Ende Februar 1979 erklärte, «insgesamt gesehen war die Entwicklungstendenz nicht ungünstig für unser Land». Die Europäer waren besorgt über Amerikas Haltung, die sie als Ablehnung deuteten, nach Vietnam noch Risiken für die Verteidigung lebenswichtiger Interessen einzugehen.

Befürchtungen und Unsicherheit verstärkten die Divergenzen von Interessen und Politik. Auch im wirtschaftlichen Bereich hat sich seit Anfang der siebziger Jahre viel geändert. Die USA, so heisst es, bleiben verschwenderisch, sie leben von ihrem Defizit, überschwemmen die Welt mit Schrumpfdollars und bringen überall das System der Staatsfinanzen in Unordnung, nicht aus Profitgier, sondern aus Unfähigkeit, die eigenen Probleme zu lösen. Wir Amerikaner haben viel zuwenig getan, um die Ölimporte zu reduzieren und um unseren unverhältnismässig grossen Konsum zu senken. Nicht nur Helmut Schmidt spricht – wenn er mild

aufgelegt ist – von Amerikas Verzicht auf seine finanzielle Führungsrolle oder Verantwortung. Die USA, einst Stützpfeiler der Nachkriegswirtschaft, gelten jetzt als ihr Zerstörer, dessen Wirtschaftspolitik ihnen selber und den Verbündeten schadet.

Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit von Amerikas militärischer Kapazität in Frage gestellt. In einer Situation nuklearer Parität haben de Gaulles Zweifel, dass die USA ihre Städte für Berlin oder Hamburg riskieren würden, neue Glaubwürdigkeit erhalten. Man glaubt allgemein, dass die UdSSR bedeutende Fortschritte in allen Aspekten militärischer Macht erzielt hat – nuklear und konventionell, zu Land und zur See –, während die USA in der Modernisierung ihrer Streitkräfte hinterherstolpern. Ausbildung und Kampfwille der amerikanischen Freiwilligenarmee werden in Frage gestellt. Die meisten unterteilen nicht nach der relativen Stärke technisch hochentwickelter Waffensysteme, sondern nach der Entwicklungstendenz und nach den unter Beweis gestellten Fähigkeiten. Die Sowjets haben ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt, insbesondere die Fähigkeit, grosse Truppeneinheiten mit ausserordentlicher Geschwindigkeit und Präzision per Flugzeug zu dislozieren.

Zu gleicher Zeit machen sich die Europäer Sorgen, weil die schwächeren USA nun eine härtere Haltung gegenüber der Sowjetunion einnehmen. Sie glaubten, die Tendenz der Politik und der öffentlichen Meinung gehe in Richtung einer Abwendung von der Entspannung, dass bis Ende 1979 eine antisowjetische Volksstimmung in den USA viel Boden gewonnen habe. Die Europäer machen sich Sorgen über eine Abkühlung der Beziehungen – genau wie sie sich Sorgen machen, wenn sich zuviel Wärme in diesen Beziehungen zeigt. Im Grunde genommen möchten sie selber es sein, die den Thermostat einstellen. Die Europäer blicken mit Skepsis auf die amerikanische Politik in Nah- und Mittelost; sie betrachten Camp Davis als Sackgasse und möchten, dass die USA auf Israel Druck ausüben, um die Erfüllung dessen zu erreichen, was sie als legitime Forderungen der Araber betrachten. Einige Länder der Dritten Welt, besonders im Mittleren Osten, drängen die Europäer zu einer deutlicheren Demonstration ihrer Unabhängigkeit. Im Augenblick mag eine zu enge Identifizierung mit einer verlästerten und teilweise geschwächten Supermacht nicht besonders populär sein.

Schon früher hat es Spannungen im Bündnis, Zweifel an der Beständigkeit von Amerikas Politik gegeben. Jetzt machen sich die Europäer Sorgen nicht nur um Amerikas Politik, sondern um dessen politisches System selber. Hat die Gewaltentrennung zu einer Zerstreuung der Macht geführt? Sind die gesellschaftlichen Spannungen – Rassenkonflikte, schlechtes Funktionieren der Wirtschaft, Kriminalität, Drogensüchtigkeit

– vielleicht Zeichen einer tiefverwurzelten Unfähigkeit, die in den kommenden Jahren Amerikas Führungsrolle beeinträchtigen muss?

Man kann die geänderte Perspektive auch in einem anderen Licht sehen: in der unmittelbaren Nachkriegszeit war Amerika die Supermacht, die auf allen Gebieten hervorragte. Seine militärische Macht stützte sich auf ein unvergleichliches Reservoir wissenschaftlichen Talents, auf eine dynamische und unübertreffliche Wirtschaft, auf gemässigte und feste staatsmännische Führung und auf einen naiven Glauben an Ideale. Nicht nur Amerikas militärische Macht imponierte, sondern auch Amerikas Verheissung. Heute ist Amerika kein Modell mehr. Heute betrachtet man es als Supermacht, deren Kraft sich von Fall zu Fall erweist.

Europas politische Führer sind im Grunde proamerikanisch; ihre Haltung formte sich in den Jahren, als Amerika noch eine Verheissung war. Sie haben sich Amerika nicht ideologisch entfremdet, ja, sie schätzen Amerikas dynamischen Rhythmus, seine Vitalität, seine Offenheit. Sie waren schmerzlich betroffen, als Carter im Sommer 1979 grübelte, Amerika sei von einer Art Malaise, von einer Vertrauenskrise heimgesucht. Auch sie glaubten an Amerikas Exzeptionalismus. Aus enttäuschten Liebhabern werden strenge Richter. Die gegenwärtigen Befürchtungen denkender Europäer erinnern an Richard Hofstätters Worte von 1969: «Es ist, als ob die Nation mit hängendem Kopf vorwärtsstolperte wie ein grosses unvernünftiges Tier, zu sehr betroffen von Wunden und Gebresten, um stark zu sein, aber zu kräftig und klug, um zu unterliegen.[1]»

Es ist wichtig zu erkennen, dass die gegenwärtige Kritik grundlegend verschieden ist von früherem Moralisieren oder Snobismus. Oft sind es die Stimmen von Freunden, die um unsere Zukunft bangen – und um ihre eigene, die direkt mit ihr verbunden ist. Es gibt Amerikaner, die heftig entgegnen möchten: Wenn ihr um unsere Stärke so besorgt seid, warum zahlt ihr nicht selber den Preis grösserer Stärke? Es wird noch viel selbstzerstörerische amerikanische Ungeduld mit dem geben, was man als Europas Widerwillen gegen die Übernahme eines grösseren Anteils an der Verantwortung, oder einfach gegen die Übernahme der Verantwortung sieht. Hier aber geht es darum, Europas Anschauung von Amerika zu verstehen, nicht die schrillen Stimmen und oft berechtigten Beschwerden im transatlantischen Dialog zu registrieren.

Mehr Sorge als Selbstvertrauen

Die immer stärkeren Zweifel an Amerika, die verschiedenen Einschätzungen der Entspannungspolitik, die Europäisierung Europas – all diese Änderungen scheinen de Gaulles Vision zu bestätigen. Es ist doch merk-

würdig, dass dieser Mann, der so tief in der Vergangenheit verwurzelt war, immer noch seinen Schatten auf unseren Weg wirft. Er hat immer nach einem europäischeren Europa gestrebt, das von den Vereinigten Staaten unabhängiger wäre, an deren Zuverlässigkeit in extremis er teils echte, teils vorgetäuschte Zweifel hegte. Er hatte gehofft, durch Entspannungspolitik, durch Lockerung der Bindungen an die USA und durch Sonderbeziehungen zur Sowjetunion Frankreichs Bewegungsfreiheit zu vergrössern. Er wollte ein Europa der Nationalstaaten, jeder treu seinem besonderen historischen Charakter und seiner Schicksalsbestimmung, jeder eifersüchtig auf seine eigenen Interessen bedacht. Unter solchen Bedingungen erträumte er eine Führungsrolle für Frankreich, vielleicht verwandelt in ein französisch-deutsches Kondominium; ihm graute vor einem föderalen oder «atlantisierten» Europa. Er dachte, Frankreich – vielleicht auch die übrigen europäischen Staaten – sollte eine aktivere Rolle in der Dritten Welt, besonders im Mittleren Osten, suchen, eine Rolle, die von den Vereinigten Staaten unabhängig wäre. Er erwartete, dass nationale Interessen und historische Identität mit der Zeit zu einer neuen Beziehung mit Osteuropa Raum geben würden, trotz der Feindseligkeit gegnerischer Gesellschaftssysteme. Ausgehend von diesen nationalistischen Prämissen konnte er nicht glauben, dass Deutschland für immer geteilt bleiben könne – wenn sich auch jede Revision des Status quo in eine beruhigend ferne Zukunft verlegen liess. Er führte Frankreich aus dem vereinten Oberkommando der NATO heraus, sicher, dass das Überleben des Bündnisses von seinem Willen abhing, ein autonomes, auf sich selbst bezogenes Frankreich zu verteidigen.

Wenn ich von einem halbgaullistischen Europa spreche, soll das in erster Linie Ironie sein. De Gaulle erwartete, dass dieses Europa aus eigenem Willen und Ehrgeiz, aus einem Führertum seiner Art und seiner Vision entstehen würde. Die veränderte Haltung von 1979 entstand eher durch Sichtreibenlassen und Apathie; es waren eher die Umstände, die eine Politik hervorriefen, als bewusst geformte Politik. De Gaulles Europa sollte ein Europa der starken Nationen sein, sicher in seiner materiellen Gesundung: das heutige Europa kauert in seiner prekären Prosperität, das Ölembargo von 1973 und die OPEC-Beschlüsse der folgenden Jahre haben seine wirtschaftliche Verwundbarkeit bewiesen. Seine politischen Regimes sind wacklig, sein Sendungsbewusstsein gedämpft, seine Jugend lehnt es ab – «Bruchstücke, die im Hier und Jetzt dahintreiben», wie Stanley Hoffmann seine Analyse Europas überschrieben hat. Ein Europa des schleichenden Protektionismus im Griff eines Gaullismus durch Verzug, eines selektiven Gaullismus ohne *grandeur,* einer improvisierten, abgewirtschafteten Anpassung an ungünstige Umstände.

Weder das Schauspiel amerikanischer Schwäche noch sowjetischer Stärke hat Europa zu neuer Entschlusskraft oder Initiative aufgerüttelt. Der politische Aufbau Europas hat kaum Fortschritte gemacht. Die Direktwahl des Europäischen Parlaments sollte neues Blut in die Adern der Gemeinschaft pumpen, doch schon die Wahlkampagne war von Apathie oder rein nationalen Interessen charakterisiert. Sogar die Wahlrhetorik war bemerkenswert zurückhaltend. Die heutige Realität ist: fortdauernde Schwierigkeiten innerhalb der EG, während das Parlament mit der Kommission um das Budget streitet, Grossbritannien eine Adjustierung der Beiträge erkämpft und die Kräfte des Protektionismus überall wachsen. Noch dazu ist die EG von der Erweiterung bedroht: Griechenland, Spanien und Portugal – welche politischen Vorteile auch ihr Beitritt langfristig bringen mag – werden das Funktionieren der Gemeinschaft weiter schwächen und die Aufgabe, grundverschiedene nationale Wirtschaftseinheiten zu koordinieren, noch erschweren. Der Aufbau Europas auf dem Fundament der EWG gehört nicht zum heutigen europäischen Bewusstsein und steht nicht auf der Tagesordnung – ein weiterer Beweis für Europas heutigen «halbgaullistischen» Zustand.

Was Westeuropa einen gewissen Zusammenhang gibt – abgesehen von der gut funktionierenden Maschinerie politischer Zusammenarbeit – ist das inoffizielle Kondominium Frankreichs und der Bundesrepublik, symbolisiert und erleichtert durch die engen persönlichen Bindungen zwischen Präsident Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt. Heute kommt es zu keiner bedeutenden europäischen Initiative ohne vorherige Konsultation und Einigung zwischen Paris und Bonn. Die Einführung des Europäischen Währungssystems, ein Versuch, das europäische Geldsystem von den Kaprizen des Dollars zu isolieren, ist nur ein einziges Beispiel der engen Zusammenarbeit zwischen beiden Staatsmännern und Staaten. Die EWG bietet die nötige Maschinerie, die Kontakte zwischen Giscard und Schmidt geben den lebenden Impuls. Die beiden Führer haben einen Sinn für Strategie und Bestimmung; wenn man ihnen Zeit gibt, mögen sie noch neue Strukturen und neue Stützen, einschliesslich militärischer Massnahmen, für ein viel unabhängigeres Europa entwerfen.

Die Verständigung zwischen den beiden Männern ist wichtig, aber die Bindung zwischen den beiden Staaten ruht auf tieferen Grundlagen: Geographie, gemeinsame Interessen, die historische Erfahrung gegenseitiger Feindseligkeiten mit ihren katastrophalen Folgen – und schliesslich auf der Tatsache, dass die übrige Welt zerbrechlich ist. Die Achse Paris–Bonn, von der man in den letzten hundert Jahren viel geträumt hat, die aber nie zur Wirklichkeit wurde, muss noch innere Schwierigkeiten überwinden,

Ressentiments auf beiden Seiten, aber sie hat ein historisches Echo erweckt und wird nicht leicht durch etwas anderes zu ersetzen sein.

Das deutsch-französische Kondominium hat 1979 mitgeholfen, die Auswirkungen eines auffallenden Phänomens in Grenzen zu halten: der plötzlichen Erkenntnis, dass die Bundesrepublik eine sehr wichtige Position nicht nur innerhalb des Bündnisses, sondern allgemein auf der Szene des Weltgeschehens erlangt hat. Wie Amerikas Niedergang sich allmählich beschleunigte und zunächst in keinerlei historischer Dimension gesehen wurde, so beschleunigte sich der Anstieg des Selbstbewusstseins der BRD nur allmählich, und erst 1979 kam es den Beobachtern zu Bewusstsein, dass sich hier vielleicht eine dauernde Verschiebung ergeben hatte.

Die Präsenz der BRD wurde spürbarer in den internationalen Organisationen, in den Räten des Bündnisses, in der Dritten Welt und im Osten. Im Januar 1979, in Gouadeloupe, wurde aus «Drei Grossen» zum erstenmal durch Einbeziehung der Deutschen deren vier. Auf diesem Gipfeltreffen wurden die Deutschen mit einer Sondermission in der Türkei betraut. Deutschlands Gewicht wuchs überall – getragen von einer Wirtschaft, die immun gegen die Krankheiten aller anderen schien. Man sprach vom «Modell Deutschland», dem man nacheifern sollte, anstatt ihm den Erfolg übelzunehmen. Irgendwann wurde es klar, dass Westdeutschland seine Zurückhaltung, seine Verlegenheit über den eigenen Erfolg verloren hatte. Und wieder einmal hatte die Bundesrepublik den perfekten Führer für die neue Gangart gefunden: Schmidt fand seine Rolle als weltweit anerkannte Autorität ebenso natürlich wie Adenauer die Rolle des Versöhners mit dem Westen oder Brandt seine Rolle bussfertiger Kraft gegenüber dem Osten gefunden hatte.

Die Deutschen hatten diese neue Rolle nicht angestrebt. Es war der stolpernde Schritt der Verbündeten, besonders der Amerikaner, der Deutschland dazu führte, seine bescheidenere Rolle aufzugeben, nicht mehr nur den «Zahlmeister Europas», das Musterkind der Weltpolitik zu spielen. Ein Führungsvakuum war entstanden, und nach und nach entdeckten die Deutschen, dass sie eine Rolle zu spielen hatten. Mit den Worten eines Diplomaten: «Deutschland wurde die Grösse an den Kopf geworfen.» Und auch dann noch waren die Deutschen darauf bedacht, die französische Verbindung zu nutzen, um ihre neue Grösse wenigstens zum Teil zu verbergen.

Zum erstenmal in der Geschichte hatte Deutschland sozusagen in einem Anfall von Zerstreutheit Macht erworben. In gewisser Hinsicht verbirgt dies noch heute den Blicken der Deutschen die eigene Bedeutung. Noch in den letzten Tagen des Jahres 1979 meinten die meisten Deutschen bei einer Umfrage, die BRD wäre immer noch ein passiver Zuschauer beim

Weltgeschehen; nur 24 Prozent der Befragten meinten, die BRD würde «bis Ende der achtziger Jahre zur führenden Macht Westeuropas» werden.

Wenn aber die deutsche Öffentlichkeit die Realität noch nicht eingeholt hat – ihre Haltung gegenüber der Vergangenheit hat sich geändert. Die Deutschen fühlen heute, dass die Erinnerung an die Greuel der Vergangenheit sie nicht davon abhalten sollte, eine aktive Rolle in der Welt zu spielen. Vor einigen Monaten sagte Schmidt, die Erinnerung an Hitler würde Deutschland noch jahrzehntelang verfolgen. Die meisten Deutschen jedoch, meine ich, würden eher mit SPD-Generalsekretär Egon Bahr übereinstimmen, der im Oktober erklärte: «Sicherheit für die achtziger Jahre – das ist eine ausserordentliche Herausforderung, neuen gefährlichen Entwicklungen die Stirn zu bieten, die schon heute erkennbar sind, und unsere Teilnahme an ihrer Lösung kann um so aktiver und uneingeschränkter sein, als die Deutschen nicht mehr Schuld an ihrer Entstehung tragen als alle anderen Völker.» Eine Erklärung, die repräsentativ ist für die Gefühle der Deutschen: man ist ungeduldig, den Albtraum der Vergangenheit loszuwerden, neue Probleme ohne Hemmungen in Angriff zu nehmen.

In der Tat: die heutigen Westdeutschen sind bemerkenswert frei sowohl von nationalistischen Gefühlen als auch von historischem Bewusstsein; in Anbetracht des gleichzeitigen Abebbens einst so starker Gefühle ist es für sie nicht leicht, ihre eigene Identität und Bestimmung zu definieren. Sie sind sich nicht einmal der grossen und erfolgreichen Verwandlung bewusst, die sie durchgemacht haben. Ihre Bindung an die Bundesrepublik ist pragmatisch; die Zeit mag kommen, wo eine spätere Generation auf diese ersten drei Jahrzehnte als Epoche beispielloser Leistungen in der deutschen Geschichte zurückblicken wird.

Die Bundesrepublik, 1949 mit der Bestimmung gegründet, ein Provisorium zu sein, hat sich zur demokratischsten und stabilsten Gesellschaft entwickelt, die das deutsche Volk je gekannt hat. Sie hat ausserordentliche Erfolge erzielt: zugegebenermassen unter günstigen Umständen; sie hat innere und äussere Konflikte gelöst oder gemildert, die Deutschland während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts oder noch länger verfolgt hatten. Im Rückblick könnte man versucht sein, diese Leistungen als Triumph eines Planes zu sehen; in Wirklichkeit war es Improvisation, Glück, fast schlafwandlerischer Erfolg.

Die Klassen-Antagonismen und sozialen Spaltungen früherer Epochen sind gemildert worden; das verspätete «Embourgeoisement» eines Teils des deutschen Volkes wurde durch das sogenannte Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre ermöglicht, das in Anbetracht ausländischer Hilfe und der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung Europas weniger wunderbar

erscheint als die wirtschaftliche Leistung der BRD seit 1973, also zu einer Zeit, als ihre Wirtschaft die weltweite Schrumpfung, die Stagflation, die Explosion der Ölpreise und die verschärfte Konkurrenz überwinden musste. Während der ganzen 30 Jahre und auf jeder Ebene der öffentlichen Verwaltung hat die BRD grösseres politisches Talent angezogen als irgendein früheres deutsches Regime. Es hat Skandale und Versagen gegeben, berechtigte Besorgnis über die anfängliche Reaktion auf den Terrorismus; ich glaube, es gibt wachsende Unzufriedenheit bei der Jugend – doch insgesamt funktioniert die politische Kultur bemerkenswert gut. Macht und Widerstandsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft bleiben ausserordentlich – wenn auch die Deutschen fürchten, sie könnte durch Ansteckung von aussen geschwächt werden.

Die innere Versöhnung lief parallel mit einer nie dagewesenen Versöhnung mit dem Ausland – auch die unter günstigen Umständen. Gegen Ende der sechziger Jahre nahm die BRD – empfänglich für das gaullistische Modell – Kurs auf die Ostpolitik, und durch freiwillige Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und de-facto-Anerkennung der Staatlichkeit der DDR erreichte sie leichteren Zutritt in die DDR und nach Berlin. Sie strebte, wie man es damals formulierte, nach «Erhaltung der Substanz der Nation».

Die Ostpolitik bedeutete für ihre Begründer die Liquidierung der Vergangenheit; Skeptiker, darunter Henry Kissinger und Präsident Pompidou, meinten, sie könne der erste Schritt in eine unsichere Zukunft sein. Kissinger berichtet, dass Pompidou fürchtete, in der Zukunft könnten «nationalistische Tendenzen (entstehen) . . . Der deutsche Nationalismus könnte wieder ausbrechen, und wenn er durch die Katastrophe Geduld gelernt hätte, könne er sich als noch gefährlicher erweisen.[2]»

Die deutsche Zukunft

In den ersten Jahren schien die Ostpolitik die Hoffnungen ihrer Anhänger zu rechtfertigen – Wiederversöhnung – und nicht die Befürchtungen ihrer Gegner, nämlich ein Abtreiben nach Osten, eine Lockerung der westlichen Bindungen.

Aber Erfolg bringt meist die Notwendigkeit einer Entscheidung mit sich. Es musste einmal dazu kommen, dass Prosperität und Macht Grundfragen aufwarfen. Was ist das nationale Ziel? Kann ein geteiltes Deutschland in Anbetracht seiner nationalen Geschichte eine «schweizerische» Lösung akzeptieren: wohlhabend und passiv? Ist grössere Sorge um die Zukunft der Nation nicht eine fast unausweichliche Last für die BRD –

noch dazu eine, die ihre Nachbarn im Augenblick klarer sehen als ihre eigenen Bürger?

Im Frühjahr 1979 kam es zu einem plötzlichen Ausbruch der Mutmassungen über die zukünftige Orientierung der BRD; er begann im Inland und nahm sofort ausserhalb Deutschlands unabhängige Existenz an. Zwei Mitglieder von Helmut Schmidts Partei, Egon Bahr und Herbert Wehner, beide bis dahin Anhänger einer noch intensiveren Ostpolitik, machten wiederum Andeutungen über mögliche Alternativen für die deutsche Aussenpolitik, und ihre Äusserungen erhielten Bedeutung durch geheimnisvolle Reisen nach Osten. «Der Spiegel» widmete eine Titelstory dem «Aufleben der deutschen Frage»; die «Neue Zürcher Zeitung» machte sich in einem Leitartikel Sorgen über die vielen Gerüchte, die über die deutsche Treue zirkulierten. Im Oktober erklärte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauss: «Wir werden niemals Deutschlands Teilung in zwei Staaten akzeptieren.» Michel Jobert, früherer französischer Aussenminister und quijotischer Supergaullist, warnte vor der Möglichkeit, Amerikas Spiel mit der chinesischen Karte könnte die Sowjets bewegen, Deutschlands Wiedervereinigung im Austausch für seine Neutralität anzubieten – womit er Frankreichs drei wichtigste ausländische Partner verlästerte. Die Anzeichen der Besorgnis waren unmissverständlich und ansteckend. Am Ende des Jahres war das Problem beinahe routinemässiger Diskussionsgegenstand in Unterhaltungen und in der Presse in Westeuropa. Ich habe Echos davon auch aus der Sowjetunion und aus Polen gehört.

Es schien, als hätten die Europäer plötzlich Deutschlands Macht, Präsenz und vermutlichen Anspruch zur Kenntnis genommen – und manchmal verwechselten sie Deutschlands grösseres Selbstbewusstsein und grössere Unabhängigkeit mit einem unmittelbar bevorstehenden dramatischen Umschwung. In der Zeit des ausserordentlichen Zwischenspiels europäischer Geschichte, der neuesten und vielleicht letzten idyllisch friedlichen Zeit von 1948 bis 1973 hatte man gemeint, das Problem der Wiedervereinigung sei abgetan, ja, Europas Friede sei auf einer permanent provisorischen Lösung für das deutsche Problem gegründet, d. h. auf der Teilung eines Landes, das sich in den 70 Jahren seiner Existenz zu stark für eine Einbeziehung in Europas Gleichgewicht erwiesen hatte. Letztes Jahr haben mehr und mehr Menschen begriffen, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht ist wie jeder andere Staat: sie ist der stärkste Staat zwischen USA und UdSSR und gleichzeitig derjenige mit dem stärksten nationalen Klagegrund. Es stimmt zwar, dass die Deutschen einer Wiedervereinigung durch Gewalt abgeschworen haben, es stimmt auch, dass die Beschwerde nur gedämpft vorgebracht wird, weil ihr Ursprung unlös-

bar mit deutscher Schuld verquickt ist. Die Teilung der Nation war selbstverschuldet, aber für die meisten Deutschen ist sie eine schmerzliche Anomalie, und irgendeine Form der Wiedervereinigung bleibt deutlich, wenn auch in unklarer Form und unausgesprochen, das Ziel. Das sollte uns nicht verwundern.

1979 spekulierte die Welt ausserhalb Deutschlands über die Möglichkeit abenteuerlicher Tendenzen in der BRD, über eine plötzliche Änderung ihrer aussenpolitischen Einordnung. In solchen Augenblicken gedenkt man, um das Unglaubliche plausibler zu machen, des Vertrags von Rapallo und des Hitler-Stalin-Pakts – um zu zeigen, dass es in der Vergangenheit die Möglichkeit solch plötzlicher Wendungen der deutsch-russischen Beziehungen gegeben hat. Das hiesse, lächerliche Analogien heraufbeschwören, zur Verbitterung der Deutschen, denen es in jedem Fall gegen den Strich geht, wenn man ihre Treue dauernd in Frage stellt. 1922 und 1939 suchte Deutschland bei Russland Hilfe gegen einen feindseligen Westen; heute hängt die Existenz der Bundesrepublik und ihre Sicherheit von den westlichen Verbündeten ab.

Aber die Erwartung einer radikalen Wendung kann Blindheit gegenüber den allmählichen Änderungen hervorrufen, die bereits vor sich gehen. Die BRD wird Europas mächtigstes Land im Westen der Sowjetunion bleiben. Immer stärker wird sie ihre Macht nützen, um ihre Sonderinteressen zu fördern, und diese Sonderinteressen binden sie sowohl an den Westen als auch an den Osten, wenn auch in unterschiedlicher Art. Die anderen Mächte müssen die Sonderrolle von Entspannung und Ostpolitik für die BRD begreifen und die fernen, aber realen Gefahren, die ihre Sonderbeziehung zum Osten in sich birgt.

Unabdingbare Ostpolitik

Als verletzlichstes und in gewissem Sinn gekränktestes Mitglied des Bündnisses hat die Bundesrepublik ein besonderes Interesse an der Entspannung. Die Sowjetunion, die einzige Bedrohung für die BRD, hält zugleich die Schlüssel zu ihren nationalen Prioritäten in den Händen: Sicherheit Berlins, Erhaltung und Ausbau der bestehenden Kontakte mit der DDR.

Die Ostpolitik war erfolgreich auf politischer, menschlicher und wirtschaftlicher Ebene, und sogar die von Franz Josef Strauss geführte Opposition hat ihre Substanz schliesslich akzeptiert. Über 200 000 Volksdeutsche durften Polen, die UdSSR und andere COMECON-Staaten verlassen. Nach groben deutschen Schätzungen bleiben im Osten noch 3 Millionen dieser früheren Deutschen. Dies sind, in einem sehr realen Sinn,

Geiseln, die auf ihre Befreiung durch die Fortsetzung der Ostpolitik warten. Millionen von Westdeutschen durften die DDR besuchen, eine grössere Anzahl Ostdeutscher als je zuvor konnte in den Westen reisen. In rein humanitärem Sinn hat es eine merkliche Besserung gegeben. Familienbindungen zwischen den deutschen Staaten sind merklich gewachsen.

Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten fluktuieren, oft in Abhängigkeit davon, zu wieviel Selbstvertrauen sich die DDR aufraffen kann. Die kulturelle Präsenz der BRD im Osten ist offenbar für das Honecker-Regime lästig, das durch eine Politik der «Abgrenzung» und durch neue Gesetze reagiert hat, die Kontakte zwischen ostdeutschen Bürgern und Ausländern erschweren, wenn nicht verbieten. 1978 betrug der Handel zwischen den beiden deutschen Staaten 8,8 Milliarden DM. Doch die wirtschaftliche Präsenz der BRD machte sich noch anders fühlbar: der Reiseverkehr zwischen BRD und DDR brachte der letzteren eine weitere Milliarde DM ein, und der geplante Bau der Autobahn von Berlin nach Hamburg wird den Ostdeutschen nochmals eine Milliarde in harter Währung bringen. Die Wirtschaftshilfe der BRD, die nicht ausposaunt wird, gibt diesem Land einen Spielraum für Komfort – weit hinaus über das, was der deutsche Sozialismus seinen Bürgern selber bieten kann. Die verborgenen Subventionen der BRD an die DDR (durch die sie indirekt auch der Sowjetunion hilft, die einen Teil ihrer fortgeschrittenen Technologie aus der DDR importiert) und die Unterstützung Westberlins, wo Bonn einen Ausgleich für ungünstige demographische und kulturelle Bedingungen durch materielle Hilfe zu schaffen hofft, zeugen von Westdeutschlands wirtschaftlicher Kraft. Die Ostpolitik hat eine Änderung im Wohlergehen beider Deutschland erreicht – und in den Beziehungen zwischen ihnen.

Die Unterzeichnung der Ostverträge hat auch eine Periode erstaunlicher Handelsexpansion eingeleitet, besonders zwischen BRD und UdSSR. Während sich von 1970 bis 1976 Westdeutschlands Aussenhandel verdoppelte, hat sich der Handel mit der UdSSR fast vervierfacht, und der Handel mit Polen hat sich in ähnlichem Tempo erweitert. Die BRD ist zum weitaus grössten Exporteur von Fertigprodukten in die UdSSR aufgestiegen. Sie erhält ihrerseits von der UdSSR wichtige Rohstoffe, darunter 25 Prozent ihres Erdgas-Imports aufgrund eines langfristigen Vertrages aus dem Jahr 1974, grosse Mengen verschiedener Metalle und Mineralien, aber auch 40 Prozent ihres Imports von angereichertem Uran. Rund 50 Prozent der deutschen Importe aus der Sowjetunion sind Brennstoffe.

Für manche Sektoren der westdeutschen Wirtschaft sind die Exporte in die Sowjetunion von kritischer Wichtigkeit: 1973 gingen 48 Prozent des westdeutschen Exports von Röhren in die Sowjetunion. 1979 erreichten

die Exporte von Hoechst, Mannesmann und Thyssen in COMECON-Länder 4 Milliarden DM. Gegenwärtig verhandelt ein Konsortium der Firmen German BP, Mannesmann und Thyssen über einen weiteren langfristigen Vertrag über Erdgas, dessen Umfang den Voraussetzungen nach 11,8 Milliarden ?? erreichen sollte. Die Ostpolitik hat sich als einträglich erwiesen und hat eine breite Klientel.

Jenseits dieser Tatsachen gibt es noch eine grenzenlose Verlockung in den Möglichkeiten der Zusammenarbeit; die Sowjets spielen seit langem mit der Hoffnung, westdeutsche technische Leistung und westdeutsche Kredite für die Erschliessung der Reichtümer Sibiriens einzusetzen – Deutschland würde dafür sichern Zugang zu den neuentdeckten oder neu exploitierten Energiequellen erhalten. Der erste Erdgas-Vertrag, der bis 2000 läuft, lässt ein Muster der Komplementarität durchscheinen. Die Sowjets sind geblendet von deutschem «Knowhow» und deutscher Tüchtigkeit – vielleicht überschätzen sie sogar die deutschen Fähigkeiten. Die Westdeutschen träumen ihrerseits von einem riesigen Markt – und beide Seiten können aus der Erinnerung an frühere deutsche Hilfe für Russlands Modernisierung schöpfen. Es bleiben die gegenseitigen Bedürfnisse, und auf der deutschen Seite die Eile, allen zuvorzukommen, die zu unbequemen Konkurrenten werden könnten.

Es gibt also zwingende Gründe für die BRD, ihren Gewinn aus der Entspannungspolitik zu verteidigen – abgesehen davon, dass ihr Fortdauern von grosser taktischer Bedeutung für die Regierungskoalition ist, die eine Vaterschaft der Ostpolitik in Anspruch nimmt. Doch die BRD wird keine dramatischen Wendungen versuchen, sie wird ihre verschiedenartigen Bindungen aufrechterhalten, um ihre eigenen Interessen zu wahren. Es gibt in der deutschen Gesellschaft keine Gruppe, die eine abenteuerliche Aussenpolitik befürworten würde, oder was man in früheren politischen Epochen «Schaukelpolitik» zu nennen pflegte, das andauernde Schwanken zwischen Ost und West, das für diese früheren Perioden deutscher Aussenpolitik charakteristisch war, besonders in den zwanziger Jahren. Geographie, Geschichte und tiefverwurzelte wirtschaftliche Realitäten haben die Deutschen dazu gebracht, sich als Schranke gegen den Osten und zugleich als Brücke zu ihm zu betrachten. In der Zeit des Kalten Krieges und des allmählichen Wiederaufbaus Deutschlands hatte die Rolle der Schranke Vorrang. Jetzt, wo Europa nationalistischer geworden ist und Amerika schwächer, erscheint die Rolle eines Brückenbauers immer angemessener.

Nach allen Massstäben der Vergangenheit oder der Gegenwart ist Deutschlands Teilung unnatürlich, aber unabänderlich. Europas Frieden ist darauf aufgebaut worden; niemand würde ihn in Frage stellen wollen,

um Deutschland zu vereinigen. Manche aber mögen eine vage Hoffnung hegen: die Teilung Deutschlands, bis heute Symbol der Spaltung Europas und Ursache ihrer Vertiefung, könnte vielleicht auch zur Milderung oder Überbrückung dieser Spaltung beitragen. Für manchen europäischen Politiker – und ich denke, Helmut Schmidt gehört zu ihnen – besteht der Traum von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural weiter; ein Traum, nicht für morgen, sondern für eine Zukunft, die so fern liegt, dass sie kaum Einfluss auf die heutige Politik haben kann; doch er kann die Gefühle erregen, er stellt eine Hoffnung dar. Die Unterschiede der Gesellschaftssysteme würden sich verringern, die gemeinsamen Interessen und, in gewissem Mass, auch die gemeinsame Vergangenheit würden an Gewicht gewinnen. In einem solchen Europa könnte es dazu kommen, dass nicht Westdeutschland im Sinn alter Vorstellungen den Osten annektiert, doch könnte es wenigstens einen viel grösseren deutschen Zusammenhang geben.

Sowjetisch-bundesdeutsche Partnerschaft

Die Sowjets haben bei der internationalen Aufwertung der Bundesrepublik eine bedeutende Rolle gespielt. Jahrelang haben die Sowjets Bonn als «Brutstätte des Revanchismus» gebrandmarkt. Das war Teil der vorgeschriebenen Ostblock-Orthodoxie, die eine einzige ideologische These, die alle akzeptierten – Russen und Polen ebenso wie Tschechen. In den letzten Jahren hat der Kreml diese Linie geändert, und die Bundesrepublik ist zu einem zentralen Partner seiner aktiveren Westpolitik geworden. Im Juni 1978 sprach Leonid Breschnjew die formale Anerkennung aus, die Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR seien zu «einem der Faktoren der Stabilisierung und Entspannung in Europa» geworden. Im Oktober desselben Jahres entsandte die UdSSR ihren besten Deutschland-Spezialisten, Wladimir Semjonow, als Botschafter nach Bonn. Breschnjews Besuch im Mai 1978 und sein dramatischer Aufruf aus Ostberlin im Oktober 1979 – in dem er die einseitige Reduktion der Sowjettruppen ankündigte und Drohungen gegen die BRD aussprach, wenn sie sich dem amerikanischen Beschluss für die Einführung neuer Mittelstreckenraketen anschlösse – zeugte für die Sonderrolle, die Bonn in der sowjetischen Politik spielt. Beide, Bonn und Moskau, werden versuchen, etwas von dieser speziellen Bindung am Leben zu erhalten – sei es auch nur als etwas Hoffnung für die Zukunft.

Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland sind von einzigartiger Intensität: die Sowjets wissen, dass sie viele Trümpfe in den Händen halten, und vielleicht hoffen sie, ein nationaler eingestelltes

Deutschland würde sich durch das Spiel gegenseitiger Vorteile immer enger heranziehen lassen – bis zum Punkt, von dem es kein Zurück mehr gibt. Jahrelang haben Sowjets und Deutsche einander als Hauptfeinde und zugleich als mögliche Partner betrachtet. Die Sowjets haben versucht, die Westdeutschen zu verlocken und einzuschüchtern, schliesslich haben sie Zuckerbrot und Peitsche auf ausgewogene Art gebraucht. In letzter Zeit haben sie bei jeder Gelegenheit versucht, die Peitsche bedrohlicher, das Zuckerbrot verlockender aussehen zu lassen.

Ein Jahrzehnt enger Beziehungen hat beiden Partnern viele Vorteile gebracht. Für die Sowjets war die wirtschaftliche und technologische Präsenz der BRD von grosser Bedeutung. Es gibt aber auch politische Erwägungen: indem sie die BRD und ihre europäischen Partner enger an die UdSSR heranziehen, hoffen die Sowjets offenbar, dass sich die Distanz zwischen Europäern und Amerikanern vergrössert. In letzter Zeit haben die Sowjets nachdrücklich darauf hingewiesen, dass sie in Europa verwurzelt sind und in den gemeinsamen europäischen Interessen: Entspannung, SALT, Handel – offenbar als Gegensatz zu den Amerikanern mit ihren unvorhersehbaren Launen.

Doch die Sowjets haben für ihre Neueinschätzung der BRD bezahlen müssen, und zwar nicht nur mit dem Verlust ihrer ideologischen Reinheit. Indem sie die Implikationen der Ostpolitik akzeptierten, haben sie eine grössere gegenseitige Durchdringung der beiden Machtsphären ermöglicht. Sie haben eine ausgedehntere Präsenz der BRD im östlichen Imperium, besonders in Polen und Ungarn, zugelassen. Vor allem aber haben sie ihre eigenen Beziehungen zur DDR kompliziert, die ihr westlichster Vorposten und die militärische Hauptbastion des Warschauer Paktes ist und bleibt. Die DDR selber wird für die Sowjets immer wichtiger (in Afrika, im COMECON, im Handel) und ihre dauernde innere Unsicherheit, charakterisiert durch immer wieder aufflackernde Dissidenz und durch eine geschwächte Wirtschaft, muss den Sowjets daher Sorgen bereiten. Die engeren Beziehungen zwischen Moskau und Bonn haben einen gewissen abschreckenden und daher einschränkenden Einfluss auch auf die DDR.

Bis zu einer gewissen Grenze werden die Sowjets jede Gelegenheit zur Störung des westlichen Bündnisses ausnützen. Möchte aber die UdSSR wirklich die BRD als Vormacht eines Europas sehen, das weitgehend seine militärische Autonomie wiedergewonnen hätte, eines Europas, in welchem Amerikas Einfluss und dämpfende Wirkung beträchtlich eingeschränkt wären? Die russisch-deutsche Beziehung hat beiderseits ihre Grenzen, und es war zwangsläufig historische Resonanz, dass das frühere, ungeschriebene amerikanisch-sowjetische Einverständnis lautete: Kümmert euch um eure Deutschen und wir werden uns um unsere Deutschen kümmern.

Es ist nicht unser Zweck, die diplomatischen Diskussionen zu analysieren, die nach der sowjetischen Invasion Afghanistans um die Jahreswende zwischen den USA und der Bundesrepublik verliefen. Man hat den Eindruck, dass Helmut Schmidt und Aussenminister Hans-Dietrich Genscher von Anfang an weitgehend die amerikanische Position unterstützten, die sich ihrerseits angesichts einer äusserst komplexen Herausforderung herauskristallisiert hatte. Die Deutschen waren allem Anschein nach bereitwilliger zur Mitarbeit als die Franzosen in so entscheidenden Fragen wie eine einheitliche Politik bezüglich des Exports hochentwickelter Technologie, bei der die Möglichkeit militärischer Anwendung besteht, in die UdSSR.

Gleichzeitig dringt die Bundesrepublik gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft auf die Ausnützung der von den Sowjets ausgestreckten Fühler betreffs einer Neutralisierung Afghanistans. Die meisten Deutschen sind der Ansicht, dass die Entspannung im Rahmen Europas so wenig wie möglich gestört werden sollte. Und es scheint in Deutschland einen Konsensus darüber zu geben, dass eine vernünftige Arbeitsteilung innerhalb des Bündnisses die Solidarität erhalten und gleichzeitig Sonderinteressen und -fähigkeiten anerkennen könnte.

Die BRD hat nie bezweifelt, dass eine angemessene Verteidigungskapazität die Grundlage der Entspannung ist. Helmut Schmidt hat oft ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa gefordert; unter allen anderen Umständen wäre Entspannung eine Aufforderung zu Erpressung und der Anfang einer Katastrophe. Prinzipielles Einverständnis zwischen Deutschen und Amerikanern war aber noch nie eine Garantie dafür, dass beide in spezifischen Fragen derselben Ansicht sein müssten, und es ist auf beiden Seiten – in letzter Zeit hauptsächlich auf amerikanischer Seite – oft der Verdacht aufgekommen, dass der andere Partner zuwenig tue. Trotz aller Verlockungen der Entspannung, trotz aller Verdächtigungen, dass die BRD ostwärts treibe, wissen die Deutschen, dass das westliche Bündnis und der amerikanische Atomschild die einzige Garantie deutscher Sicherheit sind, trotz den ausserordentlichen Fortschritten der Bundeswehr. Zweifel an der Zuverlässigkeit des amerikanischen Schildes werden die Deutschen nicht dazu bringen, seinen Schutz aufzugeben. Es ist kaum wahrscheinlich, dass sie aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen. Die alliierten Truppen haben daher mehrere Funktionen und bilden eine Art eingebautes Realitätsprinzip, wie man es in der Geschichte selten findet.

Während des ganzen Jahres 1979 hat die BRD eng mit der amerikanischen Regierung zusammengearbeitet, den NATO-Beschluss im Dezember über Produktion und Stationierung neuer taktischer Mittelstrecken-Kernraketen herbeizuführen, von denen ein grosser Teil in der Bundes-

republik disloziert werden soll. Es war eine äusserst schwierige und erfolgreiche diplomatische Kampagne, deren Abschluss die militärische Stärke des Bündnisses und Deutschlands feste Entschlossenheit demonstrierte, die Macht des Bündnisses aufrechtzuerhalten. Die westdeutsche Regierung musste Opposition in den Reihen ihrer eigenen Anhänger bekämpfen und gegenüber den Drohungen und Lockungen der Sowjets fest bleiben. Aber die Entscheidung der BRD war eindeutig – und darin gleichzeitig ein Hinweis auf ihren Standpunkt in anderen militärischen Angelegenheiten. Die deutsche Öffentlichkeit begreift offenbar, dass es in den Beziehungen mit der UdSSR widersprüchliche Elemente gibt: Entspannung und Verteidigung, Zusammenarbeit und Widerstand.

Die Ostpolitik hat jetzt ihre eigene Dynamik. Für die meisten Deutschen ist sie nicht mehr Option, sondern nationale Notwendigkeit. Ihre erfolgreiche Fortführung hängt jedoch von der westlichen Integration ab. Wieder einmal hat die Geschichte den Deutschen ein schwer zu spielendes Blatt ausgeteilt: sie brauchen die Unterstützung des Westens, um eine Politik machen zu können, die sie oft in Meinungsverschiedenheiten, ja, Konflikte mit ihren westlichen Beschützern bringt.

Es ist vielleicht eine Ironie der Geschichte, dass heute ein Zusammenbruch oder auch nur ein Abstieg des Westens die schlimmste Katastrophe wäre, die die Bundesrepublik betreffen könnte. Aus eigenem Willen werden die Deutschen kaum nach Osten abtreiben oder der – eher unglücklich so genannten – «Selbst-Finnlandisierung» unterliegen. Nur ein Westen in Verwirrung könnte solche abenteuerliche Politik oder solchen Defaitismus plausibel machen.

So hängt die Frage nach Deutschlands Zukunft untrennbar mit dem Erfolg der USA und des Westens als Ganzes bei der Abwehr der sowjetischen Herausforderung zusammen. Die Aufgabe, die Politik der Bündnispartner in einer Zeit zu koordinieren, in der keine Einigkeit über den eigentlichen Charakter dieser Herausforderung besteht und jeder Partner – die USA, die BRD und Frankreich – in eine andere Richtung gezogen wird, wird sich als schwierig erweisen. Schon heute ist klar, dass die USA, zutiefst beunruhigt durch die sowjetische Drohung, mehr und mehr danach fragen werden, was ihre Partner tun, und sie unsicher, uneinheitlich in ihren Ansichten finden werden. Wie immer auch die gemeinsame Strategie aussehen mag, auf die man sich einigt – es ist wahrscheinlich, dass sich in der Öffentlichkeit (und in den USA schliesst dies den Kongress ein) eine gewisse Ungeduld über das langsame Tempo der übrigen Verbündeten Luft machen wird.

Es kann kein Zweifel an der zentralen Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestehen. Doch auch diese Beziehungen haben sich

geändert: die USA haben einen Teil ihrer Macht verloren, und die BRD, gezwungen, Verantwortung zu tragen, hat gelernt, sie auszuüben. Aber es wird immer einen Punkt geben, an welchem die BRD – vielleicht mit einigen unangenehmen Gefühlen – eine feste Haltung der USA unterstützen wird. Doch wir dürfen Solidarität nicht mit dem Fehlen jeglicher Spannung verwechseln. Wir dürfen nie vergessen, dass die Deutschen im Osten Geiseln haben wie kein anderer Bündnispartner. Die USA müssen weiterhin Deutschlands Interessen und Optionen realistisch einschätzen. Washington kann es sich nicht leisten, mit der sofortigen Zustimmung Bonns zu rechnen – die Deutschen ihrerseits können kein Übermass an Aufschubtaktik riskieren. Vielleicht könnte man ein System der Konsultationen ausarbeiten, um grundsätzliche sachliche Meinungsverschiedenheiten nicht zur Quelle von Bitterkeit zu machen; doch Konsultationen können auch ein Rezept für Nichtstun und Lähmung sein.

Die Amerikaner haben bei der Formung dieses einmalig erfolgreichen deutschen Staatswesens mitgeholfen und bleiben die Hauptstütze seiner Verteidigung. Für beide Seiten ist es nötig, diese Beziehungen in einer Zeit zu wahren, in der der Aufstieg der BRD sie schwieriger, aber auch notwendiger macht. Über diese Gemeinplätze hinaus gilt es, eine schwierigere Aufgabe zu erfüllen. Wir Amerikaner müssen unsere Glaubhaftigkeit zurückgewinnen, die nicht nur mit militärischen Massstäben gemessen wird. Nichts kann dem Bündnis mehr nützen als ein innerlich starkes Amerika; nichts würde es mehr gefährden als ein geschwächtes Amerika. Auch Glaubwürdigkeit beginnt daheim.

[1] Richard Hofstätter und Michael Wallace: «American Violence». New York, Alfred A. Knopf, 1970, S. 43. – [2] Henry Kissinger: «White House Years». Boston, 1979, S. 422.

BAUER KABA AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 75 481 (875481)